

Position

Kommunalwahl 2025

Für ein soziales Köln. Für Demokratie, Vielfalt und Gerechtigkeit. Sozialpolitische Forderungen des Geschäftsfeldes Integration.

Köln ist vielfältig, lebendig und sozial und das muss es auch bleiben! Gefährdet ist dieser stadtgesellschaftliche Konsens durch gesellschaftliche Debatten, die immer stärker auf dem Rücken von benachteiligten und marginalisierten Gruppen ausgetragen werden. Egal ob Jugendliche ohne Bildungsabschluss, Langzeitarbeitslose, verschuldete, geflüchtete oder zugewanderte Menschen – viel zu oft erleben wir, dass die Ursachen kommunal spürbarer Herausforderungen ohnehin belasteten Personengruppen in die Schuhe geschoben werden.

Dies geht im Bereich zuschussfinanzierter Angebote mit einem massiven Hinterfragen und einem sich bereits vollziehenden Abbau des Umfangs finanzieller Förderungen im freiwilligen und im teilpflichtigen Bereich einher. Die Aussichten auf den kommunalen Haushalt 2027 sind düster – die Effekte des Sondervermögens kommen in den finanziell belasteten Kommunen viel zu wenig an. Umso stärker ist die zukünftige Stadtspitze gefordert, einen klaren Fahrplan zu den anstehenden Haushaltsdebatten vorzulegen und gemeinsam mit den Trägern der freien Wohlfahrt Prioritäten zu setzen. So gelingt es nachhaltig, transparent und effektiv das Soziale Köln weiterzuentwickeln und für die Zukunft sattelfest aufzustellen.

1. Was Kinder, Jugendliche und Familien in unserer Stadt brauchen

Sicherung und Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit

- Gewährleistung einer auskömmlichen Finanzierung, insbesondere durch finanzielle Gleichbehandlung (teil-)städtischer Anbieter und freier Träger
- Erhalt der bestehenden Trägerpluralität durch verstärkte Berücksichtigung der freien Trägerschaft Kölns
- Nachhaltige Sicherung niedrigschwelliger Anlaufstellen für junge Menschen durch finanzielle Stabilisierung von Kernfinanzierungen, aber auch durch zusätzliche aufsuchende und mobile Angebote
- Inhaltlicher Ausbau von Demokratiebildung und Teilnehmungsformaten für Kinder und Jugendliche zur Stärkung der Selbstwirksamkeit und Teilhabe

Familien stärken – frühzeitig und umfassend durch vernetzte Dienstleistungen

- Sicherung der Erziehungsberatung sowie familienunterstützender Angebote für alle Kölner Familien – auch durch starke und verlässliche bezirkliche Jugendämter
- Stärkung niedrigschwelliger Präventions- und Beratungsangebote für Minderjährige und Erwachsene in den Bereichen Frühe Hilfen, Kinderschutz, Jugendhilfe, bei Sucht- und psychischen Erkrankungen, Gewalt sowie Verschuldung

- Förderung einer engen Verzahnung von pädagogisch-therapeutischer Arbeit, Prävention und Hilfsangeboten

Lernorte und (frühkindliche) Bildung stärken

- Qualität und Vielfalt in Kitas erhalten und ausbauen. Ziel ist es, mittelfristig den kommunalen Trägeranteil abzuschaffen.
- Ganztagsbildung stärken: Sicherung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards im Offenen Ganztags sowie eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung zur Stärkung der Trägervielfalt.

2. Forderungen zur arbeitsmarktlichen Integration

Potenziale vermeintlich arbeitsmarktferner Personengruppen nicht aus den Augen verlieren

- Fortführung der Beratungsangebote, insbesondere im Übergang von Schule und Beruf
- Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit durch systematische Förderung von Jugendlichen und Erwachsenen, Entstigmatisierung und (präventive) Stärkung ihrer psychischen Gesundheit
- Abbau bürokratischer Hürden bei der Integration geflüchteter und eingewanderter Menschen in den Arbeitsmarkt. Schnellere, niederschwellige Anerkennungsverfahren von Abschlüssen und beruflicher Erfahrung

Konsequentes Vorgehen gegen arbeitsmarktliche Ausbeutung in prekären Arbeitsverhältnissen

- Unterstützung der Beratungsstellen Arbeit und Beteiligung am Netzwerk gegen Arbeitsausbeutung
- Fortführung der städtischen Aktivitäten gegen die arbeitsmarktliche Ausbeutung insbesondere von Süd-Osteuropäer*innen

3. Flucht, Migration und Integration

Diskriminierung entgegenwirken, Schutzansprüchen Geltung verleihen, Integration fördern

- Nachhaltige Sicherung der „freiwilligen“ Beratungsstrukturen für Geflüchtete und Eingewanderte, insbesondere durch Weiterfinanzierung und Verstetigung des Programms „Bleiberecht“
- Stärkung niedrigschwelliger Angebote für Clearing und Formularhilfe in den verschiedenen Bezirken
- Koordination von Sprachkursangeboten außerhalb der Integrationskurse durch das Amt für Integration und Vielfalt

Faire und angemessene Nutzungsgebührenordnung für Selbstzahler*innen in Geflüchtetenunterkünften

- Offene Altfälle abschließen und betroffene Personen hierzu verbindlich informieren
- Frühzeitige und schriftliche Mitteilung von Gebührenerhöhungen sicherstellen

- Transparente, angemessene und verständliche Gebührenordnung in Leichter Sprache anbieten

Weiterentwicklung der Kund*innenorientierung der Ausländerbehörde Köln

- Innerstädtische Personalzuweisung zugunsten der teils überlasteten Bezirksausländerämter prüfen und anpassen
- Sicherstellung einer verlässlichen Zugangsmöglichkeit zu den Ausländerbehörden, z.B. per Mail, telefonisch und in offenen Sprechzeiten
- Fristgerechte Ausstellung bzw. Verlängerung von Aufenthaltstiteln, damit Menschen aufgrund bürokratischer Versäumnisse nicht ihre Arbeit verlieren oder aufgrund fehlender Sozialleistungen mittellos werden
- Umgehende Ausstellung von Fiktionsbescheinigungen bei ausgelaufenen Aufenthaltspapieren
- Deutliche Verkürzung der Wartezeiten bei Terminen zur Einbürgerung
- Bekenntnis zum Engagement für Drittstaatsangehörige aus der Ukraine erneuern und konkretisieren

Gesundheitliche Versorgung Geflüchteter und Eingewanderter

- Sicherung des psychotherapeutischen Angebots für traumatisierte Geflüchtete und Menschen ohne Aufenthaltspapiere außerhalb der Regelversorgung
- Verstetigung der Beratungsangebote für Menschen ohne Krankenversicherung
- Fortführen und Zusammenführen der unterschiedlichen Lots*innen-Dienste in einem hierfür zuständigen Amt

Diskriminierung und Rassismus effektiv und entschieden entgegenwirken

- Sicherung der Kölner Angebote zur Meldung und Bearbeitung von Diskriminierungsfällen
- Intensivierung der Arbeit des Kölner Forums gegen Rassismus
- Strukturelle Verbesserung des Wohnungsmarktzugangs für Geflüchtete und neu zugewanderte

4. Forderungen zur sozialräumlichen Entwicklung

Das gesamte Stadtgebiet nicht außer Augen verlieren: der weiteren Öffnung der Armutsschere Kölns effektiv entgegenwirken

- Sozialen Wohnungsbau in allen Bezirken stärken
- Soziale Infrastruktur benachteiligter Stadtteile passgenau weiterentwickeln
- Zentralisierung von öffentlichen Vor-Ort-Dienstleistungen stoppen
- Beteiligungsprozesse der Bewohner*innen insbesondere randbezirklicher Stadtteile stärken
- Fortführung und Sicherung des sozialräumlichen Engagements gemeinsam mit freier Wohlfahrt durch Weiterentwicklung von Gemeinwesenarbeit und Sozialraumkoordination
- Auf- und Ausbau des Personennahverkehrs in allen Kölner Stadtteilen